



Ausgabe 23 | Juni 2019

## LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

### INHALTSVERZEICHNIS

#### > Steuern

##### **Bundesfinanzhof**

- > Doppelte Haushaltsführung: Kosten für Einrichtungsgegenstände voll abziehbar
- > Keine Änderung des Antrags nach § 20 Abs. 5 Satz 1 UmwStG 2006
- > Steuerbegünstigtes Vermögen aufgrund einer Poolvereinbarung bei einer Kapitalgesellschaft
- > Übergang eines Gewerbeverlustes von einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft
- > Keine Gewinnerhöhung durch Aufzinsung des Körperschaftsteuerguthabens nach formwechselnder Umwandlung in eine Personengesellschaft
- > Bewertungsrechtlicher Abschlag wegen Abbruchverpflichtung für Gebäude auf fremdem Grund und Boden
- > Bewertungsrechtlicher Abschlag wegen Abbruchverpflichtung für Gebäude auf fremdem Grund und Boden

##### **Finanzgerichte**

- > Kein Verlustausgleich bei Pferdehaltung ohne eigene Flächen

##### **Finanzverwaltung**

- > Allgemeinverfügung zur Zurückweisung der Einsprüche zur

## Weitere Meldungen

- › Vorfälligkeitsentschädigung - Abziehbarkeit bei doppelter Haushaltsführung?

## › Recht

### Arbeit und Soziales

- › Zur Wirksamkeit einer Massenentlassungsanzeige und Kündigungserklärung
- › Honorarärzte im Krankenhaus sind regelmäßig sozialversicherungspflichtig

### Wirtschaftsrecht

- › Entgeltklausel für Bankauskünfte wirksam
- › Zur Gewährung von Werbegaben durch Apotheken

## › Wirtschaft

### Branchen

- › Schnell und einfach zum Businessplan

### Finanzen

- › Wie zuverlässig sind Kreditkarten im Ausland?

## Steuern

### Bundesfinanzhof

#### **Doppelte Haushaltsführung: Kosten für Einrichtungsgegenstände voll abziehbar**

*Bundesfinanzhof, VI-R-18/17, Pressemitteilung vom 06.06.2019*

Aufwendungen für Einrichtungsgegenstände und Hausrat für eine im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung genutzten Wohnung fallen nicht unter die Höchstbetragsbegrenzung von 1.000 € und sind daher grundsätzlich in vollem Umfang als Werbungskosten abziehbar. Dies hat der BFH zu § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 EStG entgegen der Auffassung der Finanzverwaltung entschieden.

› mehr in **LEXinform 0449858 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



## **Keine Änderung des Antrags nach § 20 Abs. 5 Satz 1 UmwStG 2006**

*Bundesfinanzhof, I-R-1/17, Urteil vom 19.12.2018*

Die nachträgliche Änderung eines nach § 20 Abs. 5 Satz 1 UmwStG 2006 gestellten Antrags ist unzulässig.

➤ **mehr in LEXinform 0951178 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



---

## **Steuerbegünstigtes Vermögen aufgrund einer Poolvereinbarung bei einer Kapitalgesellschaft**

*Bundesfinanzhof, II-R-25/16, Urteil vom 20.02.2019*

1. Die für eine Poolvereinbarung i.S. des § 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Satz 2 ErbStG erforderlichen Verpflichtungen der Gesellschafter zur einheitlichen Verfügung über die Anteile an einer Kapitalgesellschaft und zur einheitlichen Stimmrechtsausübung können sich aus dem Gesellschaftsvertrag oder einer gesonderten Vereinbarung zwischen den Gesellschaftern ergeben.
2. Die Verpflichtung zu einer einheitlichen Stimmrechtsausübung der hinsichtlich der Verfügung gebundenen Gesellschafter kann bei einer GmbH schriftlich oder mündlich vereinbart werden. Nicht ausreichend für eine wirksame Poolvereinbarung ist eine einheitliche Stimmrechtsausübung aufgrund eines faktischen Zwangs, einer moralischen Verpflichtung oder einer langjährigen tatsächlichen Handhabung.

➤ **mehr in LEXinform 0950951 | Erbschaft-/Schenkungsteuer**



---

## **Übergang eines Gewerbeverlustes von einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft**

*Bundesfinanzhof, III-R-35/17, Urteil vom 17.01.2019*

Überträgt eine AG ihr operatives Geschäft im Wege der Ausgliederung nach § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG auf eine KG, so geht ein gewerbesteuerlicher Verlustvortrag der AG jedenfalls dann nicht auf die KG über, wenn sich die AG fortan nicht nur auf die Verwaltung der Mitunternehmerstellung bei der KG beschränkt.

➤ **mehr in LEXinform 0951605 | Gewerbesteuer**



---

## **Keine Gewinnerhöhung durch Aufzinsung des Körperschaftsteuerguthabens nach formwechselnder Umwandlung in eine Personengesellschaft**

*Bundesfinanzhof, I-R-56/16, Urteil vom 28.11.2018*

§ 37 Abs. 7 KStG ist nach formwechselnder Umwandlung einer Körperschaft in eine Personengesellschaft auf Erträge aus der Aufzinsung des Körperschaftsteuerguthabens bei der Personengesellschaft anzuwenden, wenn an ihr entweder unmittelbar oder über eine Personengesellschaft mittelbar ausschließlich Körperschaften beteiligt sind (entgegen BMF-Schreiben vom 14. Januar 2008, BStBl I 2008, 280).



## **Bewertungsrechtlicher Abschlag wegen Abbruchverpflichtung für Gebäude auf fremdem Grund und Boden**

*Bundesfinanzhof, II-R-19/16, Urteil vom 23.01.2019*

1. Ob der Nichtabbruch eines Gebäudes trotz Abbruchverpflichtung voraussehbar ist, ist anhand des Verhaltens der am konkreten Miet- oder Pachtvertragsverhältnis Beteiligten zu beurteilen. Auch das Verhalten der Rechtsvorgänger oder der Beteiligten vergleichbarer Miet- oder Pachtverhältnisse kann bei der Prognoseentscheidung berücksichtigt werden.
2. Für die Voraussehbarkeit des Nichtabbruchs sind die Verhältnisse zum Feststellungszeitpunkt maßgeblich. Seit Vertragsschluss eingetretene Änderungen der tatsächlichen Verhältnisse sind zu berücksichtigen.
3. Die Finanzbehörde trägt die Feststellungslast für die Tatsachen, die für einen Nichtabbruch des Gebäudes bei Vertragsende sprechen. Lassen sich solche Tatsachen nicht hinreichend sicher feststellen, ist der Abschlag zu gewähren.

› mehr in **LEXinform 0950945** | Bewertung



## **Bewertungsrechtlicher Abschlag wegen Abbruchverpflichtung für Gebäude auf fremdem Grund und Boden**

*Bundesfinanzhof, II-R-26/17, Urteil vom 30.01.2019*

1. Eine unbedingte Abbruchverpflichtung besteht, wenn der Mieter nach den vertraglichen Vereinbarungen bei Beendigung des Mietvertrags grundsätzlich zum entschädigungslosen Abbruch der von ihm errichteten Gebäude verpflichtet ist und er nur in bestimmten Fällen eine Entschädigung für die Gebäude erhält.
2. Eine Entschädigungsregelung lässt die Abbruchverpflichtung nicht entfallen, wenn die Erfüllung der Entschädigungsvoraussetzungen von dem Verhalten des Vermieters oder von Dritten abhängig ist.
3. Lassen sich konkrete Tatsachen für die Voraussehbarkeit des Nichtabbruchs von Gebäuden, die auf fremdem Grund und Boden errichtet wurden, nicht hinreichend sicher feststellen, bleibt es bei dem in § 94 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 BewG vorgesehenen Grundsatz, dass der Abschlag wegen Abbruchverpflichtung zu gewähren ist.

› mehr in **LEXinform 0951432** | Bewertung



## **Finanzgerichte**

### **Kein Verlustausgleich bei Pferdehaltung ohne eigene Flächen**

*Finanzgericht Münster, 10-K-1145/18-F, Pressemitteilung vom 03.06.2019*

Das Ausgleichsverbot für Verluste aus gewerblicher Tierhaltung gilt auch, wenn bei der Aufzucht und Ausbildung von Pferden die Tiere mangels eigener Flächen in Pferdepensionen untergebracht sind. Dies hat das FG Münster entschieden.

› mehr in **LEXinform 0449841** | Einkommensteuer/Lohnsteuer



## Finanzverwaltung

### Allgemeinverfügung zur Zurückweisung der Einsprüche zur Einheitsbewertung

*Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg, 3 - S-0625 / 6,  
Allgemeinverfügung vom 03.06.2019*

Das BMF hat eine ergänzende Allgemeinverfügung der obersten Finanzbehörden der Länder zur Zurückweisung der wegen Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung des Grundvermögens eingelegten Einsprüche in besonderen Fällen veröffentlicht.

➤ **mehr in LEXinform 5236895 | Sonstiges Steuerrecht**



## Weitere Meldungen

### Vorfälligkeitsentschädigung - Abziehbarkeit bei doppelter Haushaltsführung?

*Deubner Verlag, Anmerkung vom 04.06.2019*

Wird eine Wohnung anlässlich der Beendigung einer doppelten Haushaltsführung veräußert, ist eine dabei anfallende Vorfälligkeitsentschädigung nicht als Werbungskosten zu berücksichtigen.

➤ **mehr in LEXinform 0653639 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



## Recht

## Arbeit und Soziales

### Zur Wirksamkeit einer Massenentlassungsanzeige und Kündigungserklärung

*Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, 21-Sa-1534/18, Pressemitteilung vom 04.06.2019*

Ein Arbeitgeber verstößt nicht gegen § 17 Abs. 1 KSchG, wenn er bei einer Massenentlassung die Kündigungsschreiben unterzeichnet und dann die Entlassungen bei der Agentur für Arbeit anzeigt. Dies hat das LAG Berlin-Brandenburg in mehreren Urteilen entschieden.

➤ **mehr in LEXinform 0449849 | Arbeitsrecht**



### Honorarärzte im Krankenhaus sind regelmäßig sozialversicherungspflichtig

*Bundessozialgericht, B-12-R-11/18-R, Pressemitteilung vom 04.06.2019*

Ärzte, die als Honorarärzte in einem Krankenhaus tätig sind, sind in dieser Tätigkeit regelmäßig nicht als Selbständige anzusehen, sondern unterliegen als Beschäftigte des Krankenhauses der Sozialversicherungspflicht. Dies hat das BSG entschieden.

➤ **mehr in LEXinform 0449851 | Sozialrecht**



## Wirtschaftsrecht

### Entgeltklausel für Bankauskünfte wirksam

*Oberlandesgericht Frankfurt am Main, 10-U-5/18, Pressemitteilung vom 04.06.2019*

Eine Entgeltklausel für Bankauskünfte in Höhe eines Betrages von 25 Euro ist unbedenklich, urteilte das OLG Frankfurt am Main. Es handele sich bei der Auskunftserteilung durch die Bank um eine zusätzliche Leistung, die von sonstigen Gebühren für Kontoführung etc. nicht abgedeckt sei. Eine solche Bankauskunft diene der Information Dritter über die "wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit".

➤ **mehr in LEXinform 0449850 | Finanzdienstleistungen**



### Zur Gewährung von Werbegaben durch Apotheken

*Bundesgerichtshof, I-ZR-206/17, Pressemitteilung vom 06.06.2019*

Der BGH hat entschieden, dass es wettbewerbsrechtlich unzulässig ist, wenn Apotheken ihren Kunden beim Erwerb von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln geringwertige Werbegaben wie einen Brötchen-Gutschein oder einen Ein-Euro-Gutschein gewähren.

➤ **mehr in LEXinform 0449859 | Wettbewerbs-/Kartellrecht**



## Wirtschaft

### Branchen

#### Schnell und einfach zum Businessplan

*DATEV Redaktion LEXinform, Pressemitteilung vom 22.05.2019*

Wer gründen will, kommt nicht um einen Businessplan herum. Der Businessplan ist dabei nicht nur wichtig, um potentielle Kapitalgeber von seiner Idee überzeugen zu können, sondern dient auch als Leitfaden für die Gründer selbst.

➤ **mehr in LEXinform 2008157**



### Finanzen

#### Wie zuverlässig sind Kreditkarten im Ausland?

Wenn es um Kreditkarten für den Auslandseinsatz geht, werden oft die Gebühren kritisch beäugt. Wonach aber niemand schaut: Wie zuverlässig die Karten im Ausland sind.

➤ mehr in **LEXinform 2094205**



## Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "LEXinform aktuell (E-Paper)" oder "LEXinform aktuell (Print)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie hier.

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie bitte nicht die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms, sondern senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

---

## Abbestellung oder Datenänderung

Hier können Sie den Newsletter abbestellen oder Ihre persönlichen Daten ändern.

Verantwortlich: Tina Schulz

Datenschutz | Impressum © DATEV eG